

Redebeitrag zur Kundgebung „Wir sind die Brandmauer“ am 06.02.2025 in Aschaffenburg

Manuel Hoffmann, Kreisvorsitzender GEW Aschaffenburg-Miltenberg

Liebe Mitmenschen,

schön, dass ihr da seid und wir heute - während die AfD zu ihrer Wahlkampfveranstaltung in die Stadthalle geladen hat - hier zusammen stehen unter dem Motto „Wir sind die Brandmauer“ gegen Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und den aufkeimenden Faschismus.

Dass wir selbst diese Brandmauer sein müssen, sollten seit letzter Woche auch die letzten begriffen haben. Eine Brandmauer in den Parlamenten existiert nicht und hat auch nie existiert. Die Zusammenarbeit bzw. das gemeinsame Abstimmen von Union, FDP und der AfD auf Bundesebene war nur eine Frage der Zeit.

Jetzt ist die allgemeine Empörung groß und das Vorgehen wird von den politischen Gegnern zum Tabubruch stilisiert.

Auf Kommunal- und Landesebene löst dergleichen scheinbar weniger Unbehagen aus. Erst letzte Woche stimmten Vertreter*innen von Grünen und Linken, obwohl sie eine Zusammenarbeit mit der AfD in jeder Form ausgeschlossen hatten, im Kreistag Weimarer Land mit der rechtsradikalen Thüringer Höcke-AfD und verhalfen ihr damit zum Erfolg.¹

Die jüngsten Debatten im Bundestag müssen Großteils als Wahlkampfgetöse bewertet werden. Der sog. Tabubruch liegt, wenn überhaupt, allein darin mit wem abgestimmt wurde und nicht worüber. Denn inhaltlich sind die Positionen der Parteien nah beisammen. Dass man sich nach außen abschotten und konsequent und „in großem Stil“ abschieben müsse, ist breiter Konsens (Die Linke teilweise ausgeklammert).

Das zeigen auch die Worte Annalena Baerbocks, wenn sie letzte Woche Friedrich Merz fragt: „Sagen Sie mir mal, was Sie ganz genau eigentlich wollen mit der Abriegelung der Außengrenze [...] was GEAS nicht leistet?“²

Sie spricht hier das Gemeinsame Europäische Asylsystem an, dessen Reform im letzten Jahr beschlossen wurde. Darin sind Internierungslager, Asylschnellverfahren an den Grenzen, fragwürdige Deals mit Drittstaaten, Abschiebehaft auch für Kinder und die Kriminalisierung von Flüchtlingshilfe bereits vorgesehen – faktisch ist es das, was Merz und Co. auch wollen - die Abschaffung des Asylrechts.

Für den betroffenen Menschen, der irgendwo im Abschiebegefängnis sitzt und auf seinen Flug in ein sicheres Herkunftsland, wie Afghanistan, wartet, ändert es herzlich wenig, ob dies nun ohne mit der Wimper zu zucken beschlossen wurde, oder unter größten moralischen Bedenken und mit ganz viel Bauchschmerzen.

Nach den Ereignissen von letzter Woche ist wieder viel vom sog. Rechtsruck die Rede.

Der Begriff wurde in den letzten Jahren geradezu inflationär verwendet. Er suggeriert einen Vorgang der sehr plötzlich und unvorhersehbar geschieht. Und natürlich wird dieser Rechtsruck immer von

¹ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/skandal-in-thueringen-gruene-und-linke-stimmen-mit-bjoern-hoeckes-afd-li.2292810>

² <https://www.zdf.de/nachrichten/zdfheute-live/baerbock-bundestag-redebeitrag-debatte-migrationsgesetz-video-100.html> - ab 14:20 min

den anderen vollzogen. Dabei wird bewusst ausgeblendet, was wirklich in Politik und Gesellschaft abläuft. Was wir nämlich seit Jahren beobachten können, ist kein Ruck, sondern eine langsame und schleichende Rechtsentwicklung, die längst weite Teile der politischen Landschaft erfasst hat – auch solche, die sich weltoffen, bunt und liberal geben und jetzt mit dabei sind, den „Aufstand der Anständigen“ zu inszenieren.

Ein Jahr ist vergangen seit den Correctiv-Enthüllungen. Ein Jahr in dem die Ampelregierung bzw. deren Reste nichts gegen ein weiteres Erstarken der Rechten und ein drohendes faschistisches Krisenregime unternommen hat – im Gegenteil: man scheint ihm den Boden bereiten und Rosen auf den Weg streuen zu wollen.

Dass wir uns im Kampf gegen Rechts nicht auf die Parteien der sog. Mitte verlassen können, sollte uns spätestens heute klar sein.

Und dass die Parteien mehr verbindet als trennt, zeigt sich auch abseits vom dominierenden Thema Migration. Denn „Rechts [ist], wo die Mitte ist“³ um es mit Thorsten Mense zu sagen.

Dazu nur zwei Beispiele:

Im Schatten der Migrationsdebatte wurden letzte Woche im Bundestag jeweils mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Union und AfD zwei Beschlüsse gefasst, die exemplarisch sind, für den konservativ-autoritären Rollback, der gerade quer durch die Bank vollzogen wird.

Erstens ist das „Die Resolution gegen Antisemitismus an Schulen und Hochschulen“ – Was zunächst gut klingen mag, verfehlt laut „Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft“ aber ihr Ziel und bedeutet „höchst problematische Eingriffe in Forschung, Lehre sowie in das schulische und universitäre Leben“.⁴ Statt Diskursräume offenzuhalten, wie es das Papier vorgibt, zielt es v.a. darauf ab Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen.

Die Resolution reiht sich damit nahtlos ein in eine Repressionsspirale gegen Palästina-solidarische Personen, gegen Anti-Imperialist*innen, gegen Kritiker*innen des Kapitalismus und Linke allgemein.

Für Bildungseinrichtungen heißt das u.a. Zensur, Exmatrikulation, Streichung von Forschungsgeldern oder politisch motivierte Berufsverbote.

In Bayern empört uns gerade der Fall unserer Kollegin Lisa Poettinger. Ihr soll der Zugang zum zweiten Ausbildungsabschnitt der Lehrkräfteausbildung verweigert werden, weil sie sich im „Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen München“ engagiert und sich eines angeblich kommunistischen Vokabulars bedient.

Was letzte Woche ebenfalls beschlossen wurde, ist ein sog. Artikelgesetz zur „Zeitenwende“. Es sieht v.a. Anreize für Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz vor und soll damit "junge Menschen mit viel Geld in die Bundeswehr" locken.⁵

Das Gesetz ist nur eines von vielen, die auf die Herstellung der Kriegstüchtigkeit Deutschlands abzielen. Die ausgegebene Losung „Deutschland muss wieder mehr Verantwortung in der Welt zeigen“ offenbart ein neues/altes deutsches Großmachtstreben und macht einen imperialistischen Anspruch deutlich, dem ausgerechnet die Mitte anzuhängen scheint.

³ Thorsten Mense, Juditjh Goetz (Hg.): Rechts, wo die Mitte ist. Die AfD und die Modernisierung des Rechtsextremismus, Münster, 2024

⁴ <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1188651.bildungspolitik-bundestag-verabschiedet-antisemitismusresolution-fuer-hochschulen.html>

⁵ Gesine Lötsch, zitiert nach: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundestag-zeitenwende-gesetz-beschluss-100.html>

Neben milliardenschweren Rüstungspaketen, ist es insbesondere die mentale Mobilmachung, die von Bundes- und Landesregierungen forciert wird. Auch hier wieder massive Eingriffe ins Bildungswesen. Ein Beispiel dafür ist das Bayerische Bundeswehrgesetz, gegen das die GEW-Bayern gestern Klage am (Bayerischen) Verfassungsgerichtshof eingereicht hat.

Auf die ständigen Krisen unserer Zeit reagiert die herrschende Politik mit Abschottung, der Etablierung von Feindbildern, der Disziplinierung nach innen und der Vorbereitung von Krieg gegen einen möglichen Feind von außen.

Die Vertreter*innen der bürgerlichen Demokratie haben sich damit als Mitstreitende im Kampf gegen Rechts längst disqualifiziert. Ihre Beschwörungen der Brandmauer sind unglaubwürdig und rein parteitaktischer Natur, wenn von genau denselben Kräften rechte Politik seit Jahren mitgetragen und sogar forciert wird.

Die Brandmauer sind wir! – weil wir es sein müssen! Niemand nimmt uns diese Aufgabe ab.

Deshalb wird es leider auch nicht reichen, in zwei Wochen das Kreuz nur an der richtigen Stelle zu setzen. Denn das Problem sind die bestehenden Verhältnisse und nicht, wer sie verwaltet.

Hinter dem Faschismus steht das Kapital – und hinter dem Kapital stehen Kapitalisten und ihre politischen Agenten.

„Kein Fußbreit dem Faschismus“ darf kein hohler Appell sein, sondern bedeutet gelebte Praxis!

Bleibt solidarisch, organisiert euch, leistet Widerstand!